

Bern, 3. März 2006

SD gegen Swisscom-Privatisierung

Die Schweizer Demokraten (SD) sind in ihrer Vernehmlassungsantwort der Meinung, dass die Abgabe der Bundesmehrheit an der Swisscom weder dem Wohl des Volkes, der Wirtschaft noch dem Wohl des Gemeinwesens dient. Ein allfälliges Referendum gegen die vollständige Swisscom-Privatisierung wird deshalb durch die SD mitgetragen.

Der Bundesrat behauptet, auf die Eigenständigkeit von Swisscom Wert zu legen. Trotzdem schlägt er keine Lösung vor, die diese Unabhängigkeit mittelfristig wirklich sicherstellen würde. Kurz- oder mittelfristig wird die Übernahme der Swisscom durch einen internationalen Telekommunikationsriesen oder eine Investorengruppe Realität, befürchten die SD. Die Folge: Der Abbau von Arbeitsplätzen wäre sehr wahrscheinlich, besonders in den Randregionen. Zudem würden viele Stellen mit hohem Mehrwert ins Ausland verlagert.

Für die Wohlfahrt, den Fortschritt und den Service Public einer Volkswirtschaft ist es entscheidend, welche Telekommunikationsinfrastrukturen ein Land besitzt, sowohl für die Bevölkerung wie auch für die Unternehmen. Ein guter, flächendeckender Service Public gehört seit jeher zum Selbstverständnis der Schweiz. So gehört es zu unserer Tradition und zu unserem Erfolgsrezept, dass alle überall im Land zum gleichen Preis qualitativ hoch stehende Leistungen erhalten. Bei der Telekommunikation mit ihrem rasanten Technologiefortschritt ist es unvorstellbar, dass ein vollständig privatisiertes Unternehmen die Anforderungen erfüllt, die für unsere Wirtschaft, aber auch für die Attraktivität all unserer Wohngebiete entscheidend sind. So wird zwar ein privatisiertes Unternehmen die Mindestanforderungen der Konzession erfüllen. Qualitativ wird es aber nur für diejenigen Kunden oder geografischen Gebiete darüber hinausgehen, die dafür lukrativ genug sind.

Zieht sich der Bund bei der Swisscom vollständig zurück, verliert er damit jede direkte Einflussmöglichkeit, um die Entwicklung der Telekommunikation voranzutreiben oder zumindest zu steuern. Er wird nicht mehr sicherstellen können, dass technologischer Fortschritt in nützlicher Frist flächendeckend zur Verfügung gestellt wird.

Schweizer Demokraten (SD)

SD-Vernehmlassung im Anhang

Bernhard Hess Roland Schöni
Nationalrat Zentralsekretär
Zentralpräsident